



Beschlussvorlage

Vorlage-Nr.	VL-86/2026/XX
Federführende Abteilung:	1.1 Abteilung Innere Verwaltung, Personal und Organisationsmanagement
Sachbearbeiter:	Hafeneger, Patrik
Datum:	24.08.2026

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Stadtverordnetenversammlung	07.09.2026	beschließend

Betreff:

Antrag der Fraktionen von FDP und CDU Partnerschaft - Heimatschutz und Gesamtverteidigung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Steinbach im Taunus beauftragt den Magistrat, Gespräche mit der Bundeswehr, insbesondere mit dem Landeskommando Hessen und dem Kreisverbindungskommando Hochtaunuskreis, aufzunehmen, um eine offizielle „Partnerschaft der Heimatschutz und Gesamtverteidigung“ mit der Bundeswehr anzubahnen. Ziel ist es, die zivil-militärische Zusammenarbeit zu stärken und die Bundeswehr in ihrer Rolle als Garant für die Sicherheit und Stabilität unserer Demokratie zu unterstützen.

Begründung:

Die Bundeswehr leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit unseres Landes und zum Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Soldatinnen und Soldaten sowie Reservistinnen und Reservisten übernehmen dabei Verantwortung für unsere Gesellschaft. Dieses Engagement verdient auch auf kommunaler Ebene Anerkennung und Wertschätzung. Eine offizielle „Partnerschaft Heimatschutz und Gesamtverteidigung“ bietet der Stadt Steinbach die Möglichkeit, die Verbindung zur Bundeswehr zu stärken und zugleich den Austausch zwischen Bundeswehr, Kommune und Stadtgesellschaft zu fördern. Persönliche und institutionelle Kontakte können dazu beitragen, gegenseitiges Verständnis zu schaffen und die Aufgaben der Bundeswehr stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Gleichzeitig gewinnt die Zusammenarbeit zwischen staatlichen, kommunalen und militärischen Stellen angesichts einer zunehmend komplexen Sicherheitslage an Bedeutung. Naturkatastrophen, größere Stromausfälle, Pandemien oder hybride Bedrohungen zeigen, wie wichtig belastbare Strukturen und verlässliche Ansprechpartner im Krisenfall sind. Die Bundeswehr kann hierbei unter den gesetzlichen Voraussetzungen, insbesondere im Rahmen der Amtshilfe nach Artikel 35 des Grundgesetzes, unterstützend tätig werden.

Eine Partnerschaft mit dem Landeskommmando Hessen und dem Kreisverbindungskommando Hochtaunuskreis kann deshalb dazu beitragen, frühzeitig Kontakte aufzubauen, die Zusammenarbeit im Bereich der Krisenvorsorge zu verbessern und gleichzeitig ein sichtbares Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Menschen zu setzen, die in der Bundeswehr und im Reservistendienst Verantwortung für unser Land übernehmen.

Für die Stadt Steinbach bietet eine solche Partnerschaft damit die Chance, sowohl die kommunale Resilienz zu stärken als auch die Verbundenheit zwischen Bundeswehr und Gesellschaft vor Ort zu fördern.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Laura Jungeblut
Fraktionsvorsitzende
FDP Fraktion

Christian Breitsprecher
Fraktionsvorsitzender
CDU Fraktion